

Bundesverband BI gegen SuedLink | Im Graben 5 | 36151 Burghaun

per Mail an:

konsultation@netzentwicklungsplan.de

Burghaun, 2026-01-12

Stellungnahme zum 1. Entwurf des Netzentwicklungsplans 2037|2045 (2025)

Am 14.01.2026 endet die öffentliche Konsultation zum ersten Entwurf der ÜNB zum NEP 2037|2045, Version 2025. Hiermit reichen wir unsere Stellungnahme fristgerecht ein und geben gleichzeitig unser Einverständnis zur Veröffentlichung.

VORBEMERKUNG

Wir widersprechen den ÜNB erneut in Ihrer Behauptung, der aktuelle NEP-Entwurf sei, Zitat: „...nicht nur ein technisches Dokument, sondern ein strategisches Instrument für die Umsetzung der Energiewende...“ Durch den stetig steigenden Zubau an Erneuerbaren Energien, tragen weiterhin die regionalen Verteilnetze die Hauptlast der Energiewende. Ein Klimaneutralitätsnetz 2045 wird seinem Namen nur dann gerecht, wenn der Netzausbau stärker auf regionale und vor allem dezentrale Stromerzeugung und Bedarfe ausgerichtet wird. Da der genehmigte Szenariorahmen - die Grundlage zu diesem Entwurf des NEP – in keiner Weise die Bandbreite der möglichen Entwicklungen abbildet (z.B. netzdienlichen Zubau von Batteriespeichern und Reservekraftwerken, sinnvolle Koppelung der Sektoren Strom/Gas/Wärme/Mobilität, Potential von Biogasanlagen zur Überbrückung von Dunkelflauten, mögliche Einführung verschiedener Strompreiszonen, etc.) vermissen wir ein schlüssiges Gesamtkonzept für aller zur Verfügung stehenden Stromerzeugungsmöglichkeiten inklusive Spitzenkappung. Zusätzlich fehlt der Zivilgesellschaft die Transparenz bei den Kosten dieser Netzplanung. Denn Investitionen von ca. 700 Milliarden Euro in den nächsten Jahren für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze werden sich bei Berücksichtigung der Finanzierungskosten nahezu verdoppeln. Allein vor diesem Hintergrund ist eine Neuausrichtung der Übertragungsnetzplanung dringend notwendig. Den aktuellen Entwurf des Netzentwicklungsplans erachten wir erneut als nicht realisierbar und lehnen ihn daher ab.

Die geopolitischen Entwicklungen bewerten wir insoweit, dass wir von einer zunehmenden Gefährdungslage in Deutschland ausgehen. Ein zentralistisches Stromsystem voranzutreiben und damit leichtes Ziel für Sabotage- und Terrorakte zu werden, ist gesellschaftspolitisch unverantwortlich. Die Vorkommnisse in Berlin haben eindrücklich gezeigt, wie leicht kriminelle Gruppierungen die Stromversorgung ganzer Regionen unterbrechen können. Entsprechend hätte ein Anschlag auf das Übertragungsnetz verheerende Auswirkungen auf ganz Europa.

Auch die zunehmend lauter werdende Forderung nach Rückkehr zur Atomkraft (von einigen Kreisen fälschlicherweise auch als Teil der Energiewende betrachtet), hätte fatale Folgen. Die „Mini-Atomreaktoren“, die Bayerns Ministerpräsident propagiert, sind weder in Kanada noch sonst wo einsatzfähig. Forschung und Entwicklung dazu dauern noch Jahrzehnte. Ganz zu schweigen von den Kosten und den Umweltbelastungen. Das von den ÜNB propagierte Klimaneutralitätsnetz sollte allerdings seinem Namen gerecht werden und nicht auf die Einspeisung jeder, auch konventionell erzeugter, Kilowattstunde ausgebaut werden.

Wir sind überzeugt, dass die richtige Umsetzung der Energiewende zur größtmöglichen Energie-Unabhängigkeit in Deutschland führen könnte, wenn nicht andauernd falsche politische Entscheidungen und das Profitstreben Einzelner die Ziele zunehmend konterkarieren würde.

Beispiele für nicht kommunizierte Tatsachen:

- Jede Ausbaumaßnahme im Übertragungsnetz - ob als Freileitung oder Erdkabel – bedeutet einen erheblichen Eingriff in den natürlichen Lebensraum und in das Wohnumfeld vieler Menschen. Die Belastungen für Gemeinden und Kommunen werden im Vorfeld kleingeredet.
- Gravierende Umweltschäden und wirtschaftliche Einbußen vor, während und nach der Bauphase können durch Ausgleichsmaßnahmen nicht kompensiert werden.
- Die gesetzlich festgelegte Beschleunigung der Verfahren missachtet Umwelt- und Naturschutz.
- Durch frühzeitigen Baubeginn werden noch vor Planfeststellungsbeschluss Tatsachen geschaffen, wie z.B. die Abholzung von Wäldern, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.
- Grundstückseigentümer fühlen sich zunehmend unter Druck gesetzt, mit Enteignungen wird frühzeitig gedroht.
- Zugesicherte Rücksichtnahme auf regionale Bedürfnisse wird oft als leere Versprechung entlarvt.
- Bürgerbeteiligung wird zunehmend erschwert, die Stellungnahmen bei der Beurteilung nicht beachtet.
- Die fünfwöchige Konsultationsfrist vom 10. Dezember bis 14. Januar (Weihnachten, Urlaubszeit) verhindert eine umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit am Konsultationsverfahren. Daraus eine Akzeptanz der Trassen durch die Bevölkerung abzuleiten ist irreführend und falsch.

KRITIK AM GESAMTEN PLANUNGSVERFAHREN

Wir unterstützen daher die aktuelle Klage des Umweltverbandes Bergrheinfeld e.V. gegen einen Teilabschnitt des SuedLink. Stellvertretend für alle Initiativen entlang dieser Trasse wird hierbei deutlich aufgezeigt, dass die Bevölkerung mit vielen Konfliktsituationen konfrontiert wird, die eine ordnungsgemäße Bauplanung und -ausführung vermissen lassen.

Das Bundesfachplanungsverfahren ist entsprechend ein Schwerpunkt der Klage, die dem Bundesverwaltungsgericht nun vorliegt und erst jetzt – nach Planfeststellungsbeschluss - eingereicht werden konnte. Methode und Betrachtungsmaßstab zu SuedLink waren im Bereich der Umweltbelange von Beginn an fehlerhaft.

Bürgerbeteiligung wurde bereits durch immer wieder angepasste Gesetzesregelungen eingeschränkt, jetzt stehen Überlegungen im Raum, auch den Umweltverbänden das Klagerecht zu entziehen.

PRÄFERENZRAUMVERFAHREN KONTERKARIEREN UMWELTSCHUTZ

Präferenzraumverfahren sehen nur mehr eine oberflächliche Prüfung und Berücksichtigung von Umweltkriterien vor. Die Trassenplanungen werden hauptsächlich auf Beschleunigung ausgerichtet und die Umweltverträglichkeitsprüfung verliert an Bedeutung. Probleme mit dem Naturschutz sind vorprogrammiert. Alternativtrassen werden nicht mehr ausreichend geprüft und es besteht zusätzlich die Gefahr, dass ursprünglich als Erdkabelleitung geplante Projekte nun in Freileitungen umgewandelt werden. Sollte es diesbezüglich eine Änderung der geltende Rechtslage geben, müssten die Planungen zu SuedWestLink unverzüglich eingestellt werden. In vielen Informationsveranstaltungen zu SuedLink wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass man bei Freileitungen einen völlig anderen Trassenkorridor planen müsste.

Da nun NordWestLink und SuedWestLink größtenteils in gemeinsamer Trasse geführt werden sollen, ist eine seriöse Planung überhaupt nicht möglich. Wir vermuten in diesem Fall eine Verzögerungstaktik der ÜNB (bei wahrscheinlich im Hintergrund weiterlaufender Planung), um nach Genehmigung des 2. NEP-Entwurfs durch die BNetzA im Herbst und der Einführung von Infrastrukturgebieten, den Netzausbau auch mit den HGÜ-Leitungen NordWestLink und OstWestLink (obwohl im 1. Entwurf noch zurückgestellt) beschleunigt voranzutreiben. Die Ablehnung dieser neuen HGÜ-Trassen inklusive der gigantischen Multiterminal Hubs im Kreuzungsbereich der Leitungen haben wir schon in früheren Stellungnahmen zum NEP deutlich zum Ausdruck gebracht.

INFRASTRUKTURGEBIETE FÜHREN ZU REGIONALER ÜBERBELASTUNG

Das Ausmaß des geplanten Übertragungsnetzausbaus ist unverantwortlich gegenüber den Menschen, die in den betroffenen Gebieten leben müssen, vor allem aber gegenüber der Natur, da wichtige Prüfungsschritte entfallen.

Die ÜNB können sogenannte „Infrastrukturgebiete“ ausweisen und von der BNetzA bzw. den zuständigen Behörden genehmigen lassen. Es gibt keine Pflicht zur Durchführung oder Vorprüfung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Abweichend vom Bundesnaturschutzgesetz ist auch keine artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich. Und der Anwendungsbereich der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung wird ebenfalls eingeschränkt.

Die Pflicht zu einer einmaligen Zahlung von 17.500 Euro pro Kilometer Trassenlänge kann keinen adäquaten Ausgleich bieten. Sie ist vom Betreiber als zweckgebundene Abgabe an den Bund zu leisten. Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit entscheidet über die weitere Verwendung der Gelder. Es ist nicht garantiert, dass diese dann in die betroffenen Regionen fließen werden.

Die Belastungen für Gemeinden und Kommunen steigen durch die beabsichtigten Beschleunigungsmechanismen um ein Vielfaches. Entlang der gesamten SuedLink-Trasse sehen wir bereits gravierende Umweltschäden, noch bevor der eigentliche Bau begonnen hat.

Wir erhalten Meldungen, wonach weder Winterruhe noch Rücksicht auf Vegetationsphasen erfolgt. Zuwegungen zu Ackerflächen sind nicht mehr befahrbar, großflächige Verunreinigungen durch austretendes Bentonit sind an der Tagesordnung. Mit einer verantwortungsvollen Bauplanung hat dies nichts zu tun.

Die größte Baustelle von SuedLink ist die Elbquerung. Logistisch eine große Herausforderung, für die Menschen vor Ort eine noch größere Belastung. Baulärm und permanente Baustellenbeleuchtung beeinträchtigen die Lebensqualität der Anwohner auf beiden Seiten der Elbe über viele Jahre. Es ist als zynisch zu bezeichnen, wenn sich der Bauleiter dieses Projektes im Interview über die schöne Natur rings um seinen Arbeitsplatz freut. Unvorstellbar, dass hier bald ein zweiter Elbtunnel und eine zweite Trasse durch ÜNB Amprien gebaut werden soll. Die Bundesfachplanung wurde bereits ausgesetzt und bauvorbereitende Maßnahmen sind vor dem Planfeststellungsbeschluss möglich. Mit der Ausweisung von Infrastrukturgebieten konzentriert man große Bauvorhaben auf engem Raum. Die gebündelten Emissions- und Immissionsbelastungen wirken sich dauerhaft auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen aus. Negative Auswirkungen auf die oft nachtaktive Tier- und Insektenwelt sind ebenfalls zu erwarten.

MANGELHAFTE PLANUNG VERURSACHT ZUSATZKOSTEN UND GROSSE NATURZERSTÖRUNG

Die HGÜ-Trassen – allesamt Pilotprojekte - sind für ÜNB Neuland. Bereits in der Phase der Bauvorbereitung zeigt sich, dass mehr Probleme auftreten, als von den Vorhabenträgern erwartet wurden. Hochglanzprospekte und vollmundige Presseerklärungen können darüber nicht hinwegtäuschen. Dem persönlichen Diskurs geht man teilweise schon mit Hausverboten aus dem Weg, da man sich anscheinend den Fragen der Bürgerinitiativen nicht stellen möchte. Diese haben bereits ein fachlich fundiertes Hintergrundwissen aufgebaut und können ihre Argumente gegen den überdimensionierten NEP durch wissenschaftliche Studien und Veröffentlichungen belegen (siehe z.B. Hintergrundinformationen).

Immer wieder Probleme bei Bohrungen

Entlang der gesamten SuedLink-Trasse kommt es immer wieder zu Verunreinigungen durch Bentonit (+Additive bzw. Zuschlagstoffe). Bentonit ist ein Tonmineral, das bei Horizontalbohrungen verwendet wird. Eine mögliche Gefährdung für Boden, Grundwasser und Flüsse wird seitens der ÜNB nicht eingeräumt. Wir sehen dieses Mittel bei unsachgemäßer Anwendung kritisch, denn immerhin wird es auch zur Abdichtung und Sicherung in der Endlagerung radioaktiver Abfälle genutzt. Die Dichtungseigenschaften von Bentonit könnten somit für Fische und die Wasserqualität insgesamt eine Bedrohung darstellen. Negativ-Beispiele von Verunreinigungen gibt es zur Genüge.

In Niedersachsen - Die Oste, Niedersachsens Lachs- und Meerforellenfluss Nr. 1, wurde durch Bentonit auf einer Strecke von ca. 15km verunreinigt. Es kam über viele Stunden zu einem sog. „Ausbläser“, einem unkontrollierten Austritt des Bentonit-Wasser-Gemisches in den Fluss. Eine graue Brühe ließ Naturschützer und den Anglerverband Niedersachsen aufschrecken und entsprechende Baustopp-Maßnahmen einleiten. Schaden an der Gewässerökologie und dem Fischbestand (Lachs, Meerforelle, Neunauge) wird befürchtet, denn insbesondere die Kiessubstrate sind zur Eierablage der zahlreich bedrohten Fischarten überlebenswichtig.

Glibberige Ablagerungen am Gewässergrund lassen Schlimmes befürchten. Die Polizei hat ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Gewässerverunreinigung eingeleitet.

https://anglervverband-hh.de/images/NEWS-BILDER/2024-08-16_Oste-Verunreinigung-Bentonit/2024-08-14_AVN-PM_Oste_Bentonit-TenneT.pdf

In Bayern – Auch in Unterfranken sind großflächige Verunreinigungen durch Spülbohrungen von örtlichen Bürgerinitiativen beweissichernd fotografiert worden. Durch den unsachgemäßen Umgang mit Bentonit entstehen immer wieder Ausbläser. Große Mengen an Spüllösung gelangen auf landwirtschaftliche Flächen und in Bäche.

Die Wählergemeinschaft ZfW in Würzburg hat Strafanzeige gegen den Vorhabenträger TransnetBW gestellt, da die Gefährdung eines künftigen Wasserschutzgebietes der Trinkwasserversorgung Würzburg befürchtet wird. Bei Spülbohrungen zu SuedLink in der Nähe von Waldbrunn sind ca. 10 Kubikmeter Spüllösung nach oben gedrückt worden, es kam zu einem Ausbläser und einer entsprechend großen Flächen-Verunreinigung. Bei näherer Begutachtung wurden noch weitere Ausbläser entdeckt. Bohrflüssigkeit konnte sich ungehindert in Richtung eines Wassergrabens ausbreiten.

<https://www.zukunft-fuer-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2025/12/Strafanzeige-TransnetBW.pdf>

In Baden-Württemberg – Bohrflüssigkeit tritt auch hier ungeplant an zahlreichen Stellen in großen Mengen aus. Bildmaterial ist ebenfalls vorhanden.

Warum wir diese Punkte in einer Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan erwähnen? Weil dadurch veranschaulicht wird, dass Umwelt- und Naturschutz missachtet und Umweltschäden billigend in Kauf genommen werden. Beschleunigungsmechanismen beim Netzausbau ziehen Fehler in der Bauausführung nach sich. Je größer das Projekt, umso größer die Umweltsünden. Wir zeigen an Beispielen auf, was überall in Deutschland passieren kann, und erwarten eine verantwortungsvolle Aufarbeitung.

<https://video.glomex.com/nachrichten-aktuelles/v-dejil8blikjd-bohrfluessigkeit-flie%C3%9Ft-bei-suedlink-bau-in-die-landschaft-quelle-bi-a7-stromtrasse-nein>

Änderung von Planfeststellungsbeschlüssen deutet auf Fehler hin

Viele Entscheidungen der ÜNB lassen darauf schließen, dass man mit der Planung der HGÜ-Trassen überfordert ist. Laufende Änderungen bei bereits planfestgestellten Abschnitten – Beispiel SuedLink – deuten auf ernsthafte Probleme bei den HDD-Bohrungen hin. Doch dies wird nicht öffentlich kommuniziert. Nur die direkt Betroffenen selbst werden über geplante Änderungen der Streckenführung benachrichtigt und müssen innerhalb einer gesetzten Frist antworten. War bei der ersten Änderung des Planfeststellungsbeschlusses noch die schriftliche Zusage der Grundstücksbesitzer erforderlich, scheint bei der zweiten Anpassung der ursprünglich genehmigten Planung keine Antwort bereits als Zustimmung zu gelten. Diese Vorgehensweise ist inakzeptabel und wirft Fragen auf.

Der Beschluss zur ersten Änderung des ursprünglichen Planfeststellungsbeschlusses erging am selben Tag des zweiten Änderungsantrages. Die Begründungen sind in beiden Fällen gleich. Ergebnisse der Baugrunduntersuchungen erfordern eine Verbreiterung der Kabelabstände. Eine Tieferlegung der Kabel wird aus thermischen Gründen im Betriebsfall notwendig. Der Abstand der Bohrungen muss aufgrund der Biegeradien weiter auseinander liegen, womit auch eine Verbreiterung der genehmigten Schutzstreifen - und Folge dessen auch ein größerer Flächenverbrauch – einhergeht.

Bei einer sorgfältigen Erstplanung hätten solche Umstände bereits früher ersichtlich sein müssen. Neue Kosten entstehen, die Änderungen werden vom Vorhabenträger als geringfügig eingestuft. Wir haben den Eindruck, dass man den SuedLink nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ weiterbauen will. Da Klagen gegen den Beschluss keine aufschiebende Wirkung haben und keine UVP erforderlich ist, ist mit weiteren Änderungsanträgen zu rechnen. Vielleicht schon an dem Tag, an dem der zweite Änderungsbeschluss erfolgt.

SuedLink dient ausschließlich der überregionalen Durchleitung von Strom und somit dem Stromhandel. Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen, denn die Energieversorgung vor Ort bedarf eines weiter ausgebauten Verteilnetzes. Diese Doppelbelastung führt zu Problemen in der kommunalen Entwicklung. Somit ist es legitim, wenn man bei der Integration der Erneuerbaren Energien in erster Linie die lokalen Bedürfnisse betrachtet und dabei die Vorteile für die regionale Wirtschaft erkennt. Durch ein geeignetes Strommarktmodell könnte der Bedarf an Übertragungsnetzausbau verringert werden.

DAS STROMMARKTDESIGN MUSS ANGEPASST WERDEN

Der Anteil an Strom aus Erneuerbaren Energien steigt seit Jahren kontinuierlich. Doch das aktuelle Strommarktmodell ist auf die hohe Flexibilität von Wind- und Sonnenenergie nicht ausgerichtet und so gerät die Kapazität des Stromnetzes regelmäßig an seine Grenzen. Aus Sicht der ÜNB gibt es nur eine Lösung: den gigantischen Stromnetzausbau.

Dass eine Umstellung des Marktmodells auf mehrere Preiszonen bereits einen erheblichen Teil der Kapazitätsprobleme lösen könnte, wird ignoriert. Die Zeit von Kohle- und Atomkraftwerken ist unwiederbringlich vorbei. Will man die festgeschriebenen Klimaziele noch annähernd erreichen, muss das Energiesystem systematisch an den deutschlandweiten Zubau von Erneuerbaren Energien angepasst werden. Es stimmt nicht, dass der Windstrom vom Norden in den Süden muss (Märchenstunde der ÜNB). Der Süden verzeichnet einen massiven Zubau an Solarenergie, die Integration netzdienlicher Speicher schreitet voran und trägt künftig zur Stabilisierung und Optimierung der Stromnetze bei. Der von den ÜNB festgestellte Bedarf an Übertragungsnetzen in den Süden ist daher nicht gegeben. Viel wichtiger und dringend notwendig ist ein Ausbau der Verteilnetze, der sich am regionalen Bedarf und der regionalen/dezentralen Stromerzeugung orientiert.

Ein Übertragungsnetz auszubauen, das genügend Kapazität aufweist, um Angebot und Nachfrage nicht nur in ganz Deutschland (Versorgungssicherheit), sondern auch in europäischen Nachbarländern (Stromhandel) jederzeit auszugleichen, ist ökonomisch nicht vertretbar. Bereits jetzt verteuern sich die im BBPlG verankerten HGÜ-Leitungen um ein Vielfaches. Die seit Jahren kommunizierten 10 Milliarden Euro für den gesamten SuedLink,

werden allein für den Streckenabschnitt in Bayern gebraucht. Es liegt nicht am Protest der Bürgerinitiativen, dass die Kosten für den Leitungsbau ausufern. Preissteigerungen bei benötigten Rohstoffen (Kupfer) oder Arbeitskosten sind hier treibend, aber auch Planungsfehler schlagen teuer zu Buche. Dauerhafte Subventionen für Industriestrom bzw. ein staatlicher Zuschuss in Milliardenhöhe, um Netzentgelte zu senken, werden das Problem nicht lösen.

Eigentlich bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. Im Norden und Osten Deutschlands wird regional oft mehr Windstrom erzeugt, als Nachfrage vorhanden ist. Im Süden wird Strom gerade in industriellen Ballungsgebieten manchmal knapp. Dies müsste sich in der Preisgestaltung abbilden. Für den deutschen Strommarkt gilt jedoch eine einheitliche Preiszone. So treibt der Stromhandel eigenartige Blüten und das Stromnetz wird permanent überlastet. Windkraftanlagen im Norden müssen abgeregelt werden, teure Gaskraftwerke im Süden hochgefahren werden. Regionen, in denen viele Wind- und Solarparks an das Netz angeschlossen sind, werden in Deutschland sogar mit höheren Netzentgelten und somit mit höheren Strompreisen belastet. Durch unterschiedliche Preiszonen, wie in vielen anderen europäischen Ländern (Norwegen, Dänemark, Schweden, Italien, ...) bereits eingeführt, könnte das regionale Ungleichgewicht beseitigt werden. Gleichzeitig bieten sich Anreize für Industrie und Wirtschaft regional Verantwortung für den Zubau von Erneuerbaren Energien zu übernehmen. Dies führt zu mehr Effizienz und weniger Netzausbau.

Bislang halten nur teure Redispatch-Maßnahmen das Netz stabil. Auf Grundlage regionaler Strompreiszonen könnten Verbrauch und Bedarf netzdienlich optimiert werden und letztendlich zu sinkenden Strompreisen führen. Aber anstatt das Problem endlich anzugehen, wird weiter an einem unbezahlbaren Netzausbau festgehalten.

FAZIT

Gerade im Zuge dieser Konsultation wird wieder deutlich, dass man Bürgerbeteiligung seitens der ÜNB als reine Formsache betrachtet. Anhörungsrecht wird nicht mit Mitspracherecht gleichgesetzt, im Gegenteil. Zusätzlich wird der Zugang zu Informationen von BNetzA und ÜNB über das Internet immer unübersichtlicher, sodass Recherche mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden ist. Es zeichnet sich eindeutig ab, dass Entscheidungen lange vor Einbeziehung der Öffentlichkeit getroffen werden.

Wir finden dieses Vorgehen untragbar. Solange den ÜNB gestattet wird, den eigenen Interessen folgend den Bedarf festzustellen, zu planen und zu bauen - obwohl durch wissenschaftliche Studien längst aufgezeigt wurde, dass Netzausbaubedarf deutlich gemindert werden kann – werden wir unseren Protest weiterführen.

Der 1. Entwurf des NEP 2037|2045 (2025) wird von uns erneut abgelehnt, da sich die Netzplanung insgesamt ändern muss. Der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink fordert seit Jahren systemübergreifendes Denken, Planen und Handeln, damit die Energiewende endlich zur Erfolgsgeschichte wird. Neue Entwicklungen auf dem Strommarkt erfordern ein Umdenken - auch von den Übertragungsnetzbetreibern. Eine von Lobbyismus geprägte Politik in Berlin, mit andauernden Gesetzesänderungen, die immer weitere Hürden

für eine bürgernahe Energiewende aufbaut, wird scheitern und großen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten.

Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink

für den Vorstand zeichnen

Maria Quanz
Verbandssprecherin (HE)

Dipl. Ing. Siegfried Lemke
Verbandssprecher (NI)

Richard Bethmann
Verbandssprecher (BY)

Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink
www.bundesverband-gegen-suedlink.de
Im Graben 5 - 36151 Burghaun - Tel. 06653 340

Neben den Unterlagen der Übertragungsnetzbetreiber haben folgende Hintergrundinformationen unsere Stellungnahme beeinflusst

<https://www.ardmediathek.de/video/die-nordreportage/ein-bohr-gigant-fuer-die-energiegewende-der-weg-zu-einem-neuen-elbtunnel/ndr/Y3JpZDovL25kci5kZS9wcm9wbGFuXzE5NjM0NjE5N19nYW56ZVNlbnR1bmc>

https://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veranstaltungen/2025/Widi/Schlacke.pdf?__blob=publicationFile

https://www.energieverbraucher.de/de/stromnetz__1335/

<https://www.agora-energiegewende.de/publikationen/lokale-strompreise>

<https://www.zew.de/das-zew/aktuelles/der-deutsche-strommarkt-braucht-lokale-preise>

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/020/2102075.pdf>

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Ein-grosses-Stromnetz-fuer-Erneuerbare-Das-geht-nicht-Nie-article25844804.html>

<https://www.bayernwerk.de/de/ueber-uns/newsroom.html#/pressreleases/startschuss-fuer-ersten-netzdienlichen-speicher-bayernwerk-netz-schliesst-vertrag-mit-maxsolar-3396888>

<https://www.pv-magazine.de/2025/04/25/lokale-strompreiszonen-wuerden-kosten-senken-und-versorgungssicherheit-erhoehen/>

<https://www.ifo.de/medienbeitrag/2024-07-10/der-deutsche-strommarkt-braucht-lokale-preise#:~:text=In%20Deutschland%20st%C3%B6%C3%9Ft%20die%20Kapazit%C3%A4t%20der%20Stromnetze,negativ%2C%20weil%20Strom%20im%20C3%9Cberfluss%20vorhanden%20ist.>

https://energiesysteme-zukunft.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/PDFs/Stellungnahme_Netzengpassmanagement.pdf

<https://klimachancen.bayern/projekte/58/auf-dem-richtigen-weg-in-richtung-energieregion>

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiegewende/stellungnahme-nep-zweiter-entwurf-2037-2045-Version-2023-bund.pdf

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/strom-netzausbau-tennet-niederlande-101.html>

<https://www.jarass.com/category/publikationen-weiterfuehrende-beitraege/publikationen/bereich-energie/energie-a/>

https://www.stromautobahn.de/wp-content/uploads/2023/04/2023-03_23_IK-NEP_Vortrag-RainerKleedoerfer.pdf

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.816979.de/diwkompakt_2021-167.pdf

https://www.stromautobahn.de/wp-content/uploads/2022/06/Bayer_Verantwortung-von-Unternehmen-fuer-die-Energiegewende_web.pdf